

O-Töne zur Jahresbilanz rechter Gewalt in NRW 2025

Stand: 21.07.2026

Die nachfolgenden Zitate sind zur Veröffentlichung freigegeben und können im Rahmen der Berichterstattung über die Jahresbilanz rechter Gewalt 2025 in Nordrhein-Westfalen verwendet werden. Sie ergänzen die Pressemitteilung und das Hintergrundpapier, ordnen zentrale Ergebnisse thematisch ein und stehen unter Angabe der jeweiligen Sprecher*in sowie der Beratungsstelle vollständig oder auszugsweise zur Verfügung.

Gesamtentwicklung

„In unserer Beratungsarbeit beobachten wir seit Jahren, dass rechte, rassistische und antisemitische Gewalt nicht nur zunimmt, sondern immer selbstverständlicher wird. Die Hemmschwelle, menschenfeindliche Einstellungen offen zu äußern und in Taten umzusetzen, sinkt. Diese Entwicklung ist für uns äußerst besorgniserregend.“ (Anouk A., Projektleitung BackUp)

„Die insgesamt deutlich gestiegenen Fallzahlen rechter Gewalt stellen auch die Betroffenenberatung vor wachsende Herausforderungen. Wir begleiten nicht nur mehr Menschen, sondern erleben täglich die Folgen einer fortschreitenden Normalisierung und Enthemmung rechter Gewalt. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass der Bedarf an unabhängiger Beratung, Schutz und Unterstützung weiter wächst und langfristig abgesichert werden muss.“ (Fabian Reeker, Projektleitung OBR)

„Die Entwicklungen des Jahres 2025 zeigen, dass rechte Gewalt nicht losgelöst von gesellschaftlichen Debatten betrachtet werden kann. Wo Diskriminierung, Ausgrenzung und menschenfeindliche Positionen an Sichtbarkeit und Anschlussfähigkeit gewinnen, verschärft sich auch die Situation für die Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind. Der Schutz von Betroffenen und die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen gehören deshalb untrennbar zusammen.“ (Regina Gahbler, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)

„Die zunehmende Normalisierung menschenfeindlicher Positionen schafft ein Klima, in dem rechte Gewalt häufiger und selbstverständlicher erscheint. Diese Entwicklung beobachten wir in vielen unterschiedlichen Tatkontexten.“ (Toni Wagner, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit BackUp)

Folgen für Betroffene

„Rechte Gewalt endet nicht mit dem eigentlichen Angriff. Viele Betroffene verändern ihren Alltag, meiden bestimmte Orte oder ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Die zunehmende Normalisierung rechter Gewalt führt dazu, dass sich Unsicherheit und Angst weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus in ganze Communities ausbreiten.“ (Sabrina Hosono, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)

„In der Beratung erleben wir, dass die Folgen rechter Gewalt oft lange nach der Tat fortbestehen. Viele Betroffene kämpfen mit Angst, dem Verlust von Sicherheit und dem Gefühl, jederzeit erneut angegriffen werden zu können. Besonders belastend ist die Erfahrung, aufgrund der eigenen Identität oder Zugehörigkeit zur Zielscheibe von Gewalt geworden zu sein.“ (Lara Z., Beraterin BackUp)

„Die Entwicklungen des Jahres 2025 zeigen nicht nur steigende Fallzahlen, sondern auch eine zunehmende Enthemmung rechter Gewalt. Für Betroffene bedeutet das häufig langwierige Belastungen durch Ermittlungsverfahren, finanzielle Folgen und Unsicherheit über die Anerkennung der Tatmotive. Die dokumentierten Fälle verdeutlichen, dass rechte Gewalt weit über den eigentlichen Angriff hinaus wirkt und gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig beeinträchtigen kann.“ (Niklas Weitekamp, Referent für Recherche und Monitoring OBR)

Deliktarten

„Der starke Anstieg von Körperverletzungen ist für uns in der Beratungsarbeit alarmierend. Wir erleben, dass Täter*innen immer häufiger bereit sind, ihre Menschenfeindlichkeit unmittelbar in Gewalt umzusetzen. Für Betroffene bedeutet jeder körperliche Angriff einen tiefen Einschnitt und verstärkt das Gefühl, im Alltag nicht mehr selbstverständlich sicher zu sein.“ (Nils J., Berater*in BackUp)

„Mehr als jede zweite dokumentierte Gewalttat war 2025 eine Bedrohung oder Nötigung. Rechte Gewalt beginnt häufig nicht mit einem körperlichen Angriff, sondern mit gezielter Einschüchterung. Solche Taten sollen Menschen Angst machen, sie aus dem öffentlichen Raum verdrängen und ihnen das Gefühl nehmen, sicher zu sein.“ (Leonie K., Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)

Regionale Schwerpunkte

Rheinland:

„Die Kölner Fallzahlen zeigen, dass rechte Gewalt Menschen aus sehr unterschiedlichen Communities trifft. In der Beratung erleben wir immer wieder, dass die Folgen weit über die unmittelbare Tat hinausreichen und das Sicherheitsgefühl sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen nachhaltig beeinträchtigen.“ (Hannah Richardy, Beraterin OBR)

„Als Landeshauptstadt ist Düsseldorf ein zentraler Ort politischer Auseinandersetzung und zivilgesellschaftlichen Engagements. Dass rechte Gewalt hier immer wieder im Umfeld von Demonstrationen und politischen Veranstaltungen auftritt, ist ein Angriff auf demokratische Teilhabe und den offenen politischen Diskurs.“ (Fabian Reeker, Projektleitung OBR)

„Essen steht exemplarisch für eine Entwicklung, die uns große Sorgen bereitet: (extrem) Rechte Gewalt wird organisierter, sichtbarer und enthemmter. Besonders Menschen, die sich gegen (extrem) Rechts engagieren oder für eine vielfältige Gesellschaft eintreten, geraten ins Visier. Wenn demokratisches Engagement selbst zum Angriffsziel wird, betrifft das nicht nur die Betroffenen, sondern die offene Gesellschaft insgesamt.“ (Niklas Weitekamp, Referent für Recherche und Monitoring OBR)

Westfalen-Lippe:

Zu Dortmund:

„Diese rechten Gewalttaten, vor allem gegen Menschen, die sich gegen rechte Auswüchse engagieren oder gegen diese sichtbar sind, schüchtern ein und isolieren. Vor allem in Orten, die bereits als rechte Hochburgen verschrien waren, ist diese Tendenz sehr erschreckend.“ (Max N., Berater BackUp)

Zu Bochum:

„Die Entwicklung in Bochum zeigt, dass rechte Gewalt kein kurzfristiges Phänomen ist. Die anhaltend hohen Fallzahlen machen deutlich, dass rassistische Angriffe und Gewalt gegen demokratisch Engagierte weiterhin zum Lagebild gehören und konsequente Gegenstrategien erforderlich sind.“ (Nils J., Berater BackUp)

Zu Recklinghausen:

„Sinkende Hemmschwellen sind ein Warnsignal dafür, dass gesellschaftliche Normen gegen Gewalt nicht mehr verbindlich wirken. Dabei ist dieses Sinken der Hemmschwelle keine Entscheidung einer einzelnen Person, sondern das Zusammenkommen vieler Fälle, vieler Angriffe und vieler Einschüchterungsversuche.“ (Lara Z., Beraterin BackUp)

Tatmotive

Rassismus

„In der Beratung erleben wir immer wieder, dass rassistische Gewalt weit über die unmittelbare Tat hinauswirkt. Viele Betroffene berichten von einem erschütterten Sicherheitsgefühl und der Erfahrung, aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Herkunft angegriffen und ausgegrenzt zu werden. Besonders

belastend ist, dass solche Erfahrungen für viele Menschen kein Einzelfall bleiben.“
(Nils J., Berater BackUp)

„In unserer Beratungsarbeit erleben wir, dass antimuslimische Gewalt nicht nur zunimmt, sondern für viele Betroffene zu einer dauerhaften Bedrohung im Alltag wird. Die hohe Zahl an Bedrohungen und Körperverletzungen zeigt, wie stark sich antimuslimischer Rassismus in direkte Gewalt übersetzt. Für viele Menschen bedeutet das, ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum immer häufiger mit Angst und Unsicherheit zu verbinden.“ (Jan-Robert Hildebrandt, Berater der OBR)

„In unserer Beratungsarbeit erleben wir, dass die zunehmende Enthemmung rassistischer Gewalt geflüchtete Menschen besonders hart trifft. Wenn selbst Unterkünfte und das unmittelbare Lebensumfeld zu Orten von Bedrohung und Angriffen werden, verlieren Betroffene ein Stück der Sicherheit, die sie nach Flucht und Verfolgung eigentlich suchen. Die erneuten Fallzahlen zeigen, dass sich die Bedrohungslage verschärft und rassistische Gewalt gegen geflüchtete Menschen zunehmend normalisiert.“ (Lara Z., Beraterin BackUp)

„Die Beratungsstellen beobachten mit Sorge, dass antiziganistische Ressentiments zunehmend wieder öffentlich artikuliert und politisch instrumentalisiert werden. Solche Narrative können dazu beitragen, antiziganistische Einstellungen zu legitimieren und den Boden für Bedrohungen und Gewalttaten zu bereiten. Der Schutz vor rechter Gewalt beginnt deshalb auch mit einem entschiedenen Widerspruch gegen antiziganistische Hetze.“ (Sabrina Hosono, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)

Antisemitismus

„Die weiterhin hohe Zahl antisemitisch motivierter Angriffe zeigt, dass Jüdinnen_Juden in Nordrhein-Westfalen mit einer anhaltend hohen Bedrohungslage leben. In unserer Beratungsarbeit erleben wir, dass antisemitische Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe für viele Betroffene zum Alltag gehören und ihr Sicherheitsgefühl dauerhaft beeinträchtigen.“ (Marielle Hermstrüwer, Beraterin der OBR)

„In unserer Beratung sehen wir, dass antisemitische Gewalt für Betroffene nicht mit dem einzelnen Vorfall endet. Bedrohungen, Angriffe und die Erfahrung, gezielt als jüdisch markiert zu werden, wirken in den Alltag hinein und verändern, wie Menschen sich in der Öffentlichkeit bewegen. Der Schutz jüdischen Lebens bedeutet deshalb auch, Räume zu schaffen, in denen Menschen ihre Identität frei und sicher leben können.“ (Nils J., Berater BackUp)

Queerfeindlichkeit

„In unserer Beratungsarbeit erleben wir, dass queerfeindliche Gewalt für viele LSBTIAQ*-Personen zu einer dauerhaften Bedrohung geworden ist. Besonders besorgniserregend ist, dass Angriffe dort zunehmen, wo queere Menschen sichtbar

sind und für ihre Rechte eintreten. Die hohen Fallzahlen und der große Anteil körperlicher Angriffe zeigen, dass sich queerfeindliche Gewalt weiter normalisiert und die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt.“ (Hannah Richardy, Beraterin der OBR)

„Die dokumentierten Gewalttaten zeigen, dass queerfeindliche Einstellungen nicht folgenlos bleiben. Dort, wo LSBTIAQ-Personen öffentlich sichtbar sind, erleben wir zunehmend Anfeindungen und Angriffe. Umso wichtiger ist eine klare gesellschaftliche Haltung gegen Queerfeindlichkeit und für den Schutz queerer Menschen.“ (Lara Z., Beraterin BackUp)

Gewalt gegen wohnungslose Menschen

„In unserer täglichen Arbeit sehen wir, dass wohnungslose Menschen immer wieder Ziel besonders brutaler Angriffe werden. Die hohe Zahl gefährlicher Körperverletzungen zeigt eine erschreckende Enthemmung der Täter*innen. Gleichzeitig bleibt diese Gewalt oft unsichtbar, weil Betroffene kaum Gehör finden und viele Taten nie als das erkannt werden, was sie sind: gezielte Gewalt gegen besonders schutzlose Menschen.“ (Niklas Weitekamp, Referent für Recherche und Monitoring der OBR)

„Wohnungslose Menschen gehören zu denjenigen, die rechter Gewalt oft besonders schutzlos ausgesetzt sind. Wer keinen sicheren Rückzugsort hat, kann Bedrohungen und Angriffen häufig nur schwer ausweichen. Jede Gewalttat gegen wohnungslose Menschen ist deshalb von besonderer Schwere.“ (Max N., Berater BackUp)

Gewalt gegen politische Gegner*innen

„In unserer Beratungsarbeit erleben wir, dass Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftliche Vielfalt einsetzen, zunehmend ins Visier rechter Gewalt geraten. Die starke Zunahme der Angriffe zeigt, wie sehr sich rechte Feindbilder verfestigt haben. Diese Gewalt richtet sich nicht nur gegen Einzelne, sondern zielt darauf ab, Engagement einzuschüchtern, demokratische Räume zu verengen und gesellschaftliche Teilhabe zurückzudrängen.“ (Max N., Berater BackUp)

„In unserer Beratungsarbeit erleben wir, dass Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und für eine offene Gesellschaft engagieren, immer häufiger Ziel (extrem) rechter Gewalt werden. Die starke Zunahme von Bedrohungen und körperlichen Angriffen zeigt, dass Einschüchterung zunehmend gezielt eingesetzt wird, um Engagement zu verhindern und demokratische Gegenstimmen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.“ (Jan-Robert Hildebrandt, Berater OBR)

Kinder und Jugendliche

„Besonders alarmierend ist, dass unter den Betroffenen auch Kinder und Jugendliche sind. Wenn junge Menschen bereits früh erleben, aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder anderer zugeschriebener Merkmale angegriffen zu werden, kann das ihr Sicherheitsgefühl und ihr Vertrauen in die Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen.“
(Max N., Berater BackUp)

„Kinder und Jugendliche dürfen nicht lernen müssen, dass Gewalt und Ausgrenzung zu ihrem Alltag gehören. Jede rechte Gewalttat gegen junge Menschen ist eine zu viel – und ein deutliches Warnsignal für unsere Gesellschaft.“ (Sabrina Hosono, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, OBR)

Tatorte

„Der öffentliche Raum wird zum Schauplatz, wenn Täter*innen nicht mehr nur handeln, sondern auch gesehen werden wollen. Diese Sichtbarkeit wird Teil der Tat. Wenn rechte Gewalt den öffentlichen Raum beansprucht, darf die Antwort nicht sein, dass sich Demokrat*innen zurückziehen, sondern dass sie sich besser organisieren und vernetzen.“ (Janina Rostek, Vernetzungsreferentin BackUp)

„In der Beratung erleben wir, dass digitale Angriffe oft weit über den Bildschirm hinaus wirken. Bedrohungen, Hassnachrichten oder die Veröffentlichung persönlicher Daten können bei Betroffenen Angst auslösen, ihr Sicherheitsgefühl beeinträchtigen und dazu führen, dass sie sich aus dem öffentlichen oder digitalen Raum zurückziehen.“ (Nils J., Berater BackUp)

„Die Zahlen zu den Tatorten rechter Gewalt zeigen: Rechte Angriffe passieren nicht nur an vermeintlichen Brennpunkten, sondern mitten im Alltag der Menschen – beim Lernen, Einkaufen, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder im eigenen Wohnumfeld. Jeder dieser Orte ist ein Raum gesellschaftlicher Teilhabe. Wenn Menschen dort angegriffen oder bedroht werden, betrifft das nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern die demokratische Gesellschaft insgesamt.“ (Regina Gahbler, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)

Abweichungen zur PMK Statistik

„Besonders problematisch ist, dass es sich hierbei nicht um unbekannte oder schwer nachvollziehbare Vorfälle handelt. Viele der überprüften Fälle wurden von den Polizeibehörden selbst öffentlich kommuniziert und mit Hinweisen auf einen rechten Tatkontext versehen. Wenn solche Fälle dennoch nicht oder nur unvollständig in der PMK-rechts-Statistik erscheinen, wirft das Fragen nach der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der Erfassung auf.“ (Thomas Billstein, Referent für Monitoring BackUp)

„Verdachtsfälle machen die Grenzen statistischer Erfassung sichtbar. Sie erinnern daran, dass nicht jeder Vorfall abschließend aufgeklärt werden kann und dass das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt größer ist als das, was sich in den offiziellen Zahlen abbilden lässt.“ (Thomas Billstein, Referent für Monitoring BackUp)

„Eine wirksame Unterstützung von Betroffenen setzt voraus, dass rechte Gewalt als solche erkannt und erfasst wird. Erfassungslücken sind deshalb nicht nur ein statistisches Problem, sondern können auch den Zugang zu Schutz, Unterstützung und gesellschaftlicher Anerkennung erschweren.“ (Leonie K., Referentin für Monitoring und Online-Beraterin OBR)

Forderungen, Bedarfe und notwendige Konsequenzen

„Die erneut steigenden Zahlen zeigen deutlich, dass der Bedarf an qualifizierter Beratung und Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt weiter wächst. Diese Entwicklung erfordert den Ausbau von Beratungsangeboten – keine zunehmend unsicheren Förderperspektiven und zusätzlichen Verwaltungsaufwand, in den erhebliche zeitliche Ressourcen investiert werden müssen, statt diese Zeit der Unterstützung Betroffener widmen zu können. Betroffenenberatung ist kein Versuchsprojekt, sondern eine dauerhafte Aufgabe der demokratischen Infrastruktur.“ (Anouk A., Projektleitung BackUp)

„Was in den Statistiken oft unsichtbar bleibt, ist der langfristige Unterstützungsbedarf vieler Betroffener. Nach einem rechten Angriff endet der Beratungsbedarf häufig nicht nach wenigen Wochen, sondern begleitet Menschen über Monate oder sogar Jahre. Damit Betroffene verlässlich Unterstützung erhalten können, braucht es dauerhaft abgesicherte Strukturen statt befristeter Projektlogiken.“ (Fabian Reeker, Projektleitung OBR)

„Viele Betroffene suchen Unterstützung erst dann, wenn sie sicher sein können, ernst genommen zu werden. Unabhängige und niedrigschwellige Beratungsangebote sind deshalb ein zentraler Baustein, um Schutz, Vertrauen und Teilhabe zu stärken.“ (Toni Wagner, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit BackUp)

„Wir beobachten, dass digitale und analoge Gewalt immer häufiger ineinandergreifen. Bedrohungen, Doxing oder Einschüchterungskampagnen im Netz bleiben selten auf den digitalen Raum beschränkt. Für Betroffene bedeutet das eine Ausweitung der Bedrohungslage, auf die Beratungs- und Schutzstrukturen reagieren müssen.“ (Leonie K., Referentin für Monitoring und Online-Beraterin OBR)

„Die Jahresbilanz 2025 macht deutlich, dass starke Netzwerke ein wesentlicher Schutzfaktor für Betroffene rechter Gewalt sind. Wo Beratungsstellen, migrantische Selbstorganisationen, Initiativen und lokale Akteur*innen eng zusammenarbeiten, können Betroffene schneller erreicht und nachhaltiger unterstützt werden. Gerade in Zeiten zunehmender rechter Gewalt sind verlässliche Kooperationen und solidarische Strukturen unverzichtbar.“ (Janina Rostek, Vernetzungsreferentin BackUp)

„Rechte Gewalt wird nicht nur durch die Tat selbst wirksam, sondern auch durch gesellschaftliches Wegsehen. Betroffenenperspektiven sichtbar zu machen bedeutet, die Folgen rechter Gewalt ernst zu nehmen und menschenfeindlichen Entwicklungen öffentlich entgegenzutreten. Eine demokratische Gesellschaft darf diese Erfahrungen nicht an den Rand drängen.“ (Sabrina Hosono, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)

„Die Jahresbilanz 2025 zeigt, dass rechte Gewalt in Nordrhein-Westfalen weiter zunimmt und zugleich enthemmter auftritt. Für die Betroffenen bedeutet dies nicht nur ein erhöhtes Risiko, selbst Ziel eines Angriffs zu werden, sondern auch langfristige Folgen für Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Betroffenenberatungen dauerhaft und bedarfsgerecht abzusichern und den Schutz Betroffener konsequent zu stärken.“ (Fabian Reeker, Projektleitung OBR)

„Die dokumentierten Fälle verdeutlichen, dass rechte Gewalt nicht nur einzelne Menschen trifft, sondern das Sicherheitsgefühl ganzer Communities beeinträchtigt und demokratische Teilhabe einschränken kann. Die Entwicklungen des Jahres 2025 machen deutlich, dass Prävention, Demokratieförderung und die Unterstützung Betroffener nicht als freiwillige Leistungen verstanden werden dürfen, sondern als zentrale Aufgaben einer demokratischen Gesellschaft.“ (Anouk A., Projektleitung BackUp)

„Viele Menschen fragen sich nach einem rechten Angriff, was sie konkret tun können. Die wichtigste Botschaft ist: Nicht wegschauen. Betroffene ernst zu nehmen, Unterstützung anzubieten und auf Beratungsangebote hinzuweisen, sind oft die ersten und wichtigsten Schritte.“ (Regina Gahbler, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit OBR)